

Sind wir wirklich „Charlie“?

Ein Kommentar

Georg Adelman und Christine Schweitzer

Das Jahr 2015 begann mit einem Paukenschlag. Der Terroranschlag von Paris im Januar auf das Satiremagazin Charlie Hebdo hat die deutsche Öffentlichkeit erschüttert. Aber sofern es die Absicht der Attentäter war, Anti-Islamismus in Europa zu schüren und so zu bewirken, dass die in Europa lebenden MuslimInnen sich den IslamistInnen zuwenden, ist ihre Rechnung nicht voll aufgegangen. Zwar haben Pegida und ihre Ableger Zulauf bekommen und in Blogs und Facebook gab es viel Hässliches zu lesen. Aber die Stimmen derjenigen, für die das Entsetzen über den Anschlag und der Aufruf für friedliches Zusammenleben kein Widerspruch ist, waren erstaunlich stark, in Frankreich wie in Deutschland und anderen Ländern. Viele Tausend Menschen, Angehörige aller Glaubensrichtungen, sind für Toleranz und gegen Gewalt auf die Straße gegangen und haben gezeigt, dass sie die Saat faschistischen Denkens und Handelns erkennen, egal ob sie von Pegida, der NPD oder IslamistInnen ausgestreut wird. 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, das für uns die Befreiung vom Faschismus bedeutete, ist dies ein wichtiges Zeichen dafür, dass Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Hass sich nicht unwidersprochen ausbreiten können.

Sehr viel wurden im Zusammenhang mit dem Anschlag die „demokratischen Werte“ und die Presse- und Meinungsfreiheit hervorgehoben. Selbstverständlich zu Recht. Es ist wichtig, dass in einer pluralistisch-demokratischen Gesellschaft Meinungsfreiheit ein uneingeschränktes Rechtsgut darstellt. Aus gewaltfreier Perspektive gehören zur Ausübung der Meinungsfreiheit aber zwei Fragen, um sich immer wie-

der selbst überprüfen zu können, ob man den eigenen Ansprüchen gerecht wird.

1. Können Meinungen verletzen, können sie gewalttätig wirken?

Ja, Meinungen können verletzen. Insbesondere, wenn sie als Abwertung der eigenen Person oder dessen, woran man zutiefst glaubt, wahrgenommen werden, d.h. wenn sie die Würde des Gegenübers verletzen. Und diese Abwertung verletzt auch, wenn sie auf Gruppen zielt, denen man sich zugehörig fühlt. Physischer und psychischer Schmerz sind sich sehr ähnlich in ihrer Wirkung, da sie im Gehirn weitgehend gleich verarbeitet werden.

2. Wer trägt Verantwortung?

Meinungsfreiheit schützt nicht vor Verantwortung. Insbesondere in Fällen, in denen Meinungen eine konkrete Gruppe von Menschen oder Einzelne in ihrer Menschlichkeit verletzen, ist Meinungsfreiheit gegenüber der Gewaltfreiheit nachrangig – ein Recht auf Gewalt gibt es nicht, auch nicht auf psychische Gewalt.

Dieses Konzept der persönlichen Verantwortung für das eigene Handeln setzt das Bewusstsein für diese Verantwortung voraus. Keine gewaltfreie Gesellschaftskonzeptualisierung wird ohne diese Bedingung auskommen. Diese Bedingung erfüllen nicht alle Menschen. Deswegen geht ein Teil der Verantwortung dann auf das soziale Umfeld dieser Menschen über. Wie sieht das nun mit Blick auf die Anschläge in Paris mit Satire aus?

Fortsetzung auf Seite 2



Bunt und laut: Demonstration in Heidelberg am 13. Dezember 2014, dem ersten Aktionstag des Friedenswinters. Foto: Renate Wanie



Protest auf dem Taskim Platz am 15. Mai 2013. Foto: Fleshstorm



Das BSV-Team im November 2014 beim Frühstück: Gül Akbal, Sine Kranich, Tanja Hildebrandt und Sarah Roßa. Foto (d.h. hinter der Kamera): Christine Schweitzer

Diesmal

Zivile Konfliktbearbeitung
Widerstand im 2. Weltkrieg
Nonviolent Peaceforce
Friedenswinter
u.a.m.

Liebe Leserin, lieber Leser,

Ukraine, Syrien, Irak, Nigeria, Jemen, Terroranschläge in Westeuropa, Pakistan, Mexiko... – die Zahl der Krisen und Kriege hat auch im neuen Jahr 2015 nicht abgenommen. Deutschland und seine Verbündeten in NATO und EU sind an den meisten von ihnen in der einen oder anderen Form beteiligt – direkt durch SoldatInnen, durch finanzielle und waffentechnische Unterstützung einer Konfliktseite oder durch Rüstungsexporte. Die Verteidigungsministerin spricht davon, die Bundeswehr „familienfreundlicher“ zu gestalten – die Familien, die sich den deutschen Waffen als Ziele gegenübersehen, dürfen eine andere Meinung dazu haben.

Friedenspolitisches Engagement und gewaltfreie Alternativen zu Rüstung und Krieg werden mehr als eh und je gebraucht. In diesem Rundbrief sprechen wir ein paar Beispiele an, von Protest der Friedensbewegung bis zu zivilem Widerstand anderenorts und zivilem Peacekeeping.

Noch ein Wort in eigener Sache: Unser langjähriger Redakteur des Rundbriefs, Kai-Uwe Dosch, hat in diesem Jahr seine Tätigkeit auf eine Stelle zur Friedensbildung bei der AGDF/EAK verlagert. Damit ist die redaktionelle Verantwortung für den Rundbrief auf Christine Schweitzer in der Geschäftsstelle übergegangen. Kai-Uwe Dosch ist aber weiterhin für Layout und Satz zuständig und wir hoffen, ihn auch im Bereich Friedensbildung nicht ganz zu verlieren!

Wir wünschen eine angeregte Lektüre!



Christine Schweitzer
für das BSV-Team

Aus guten Gründen ist Kunst sehr frei in der Ausübung – und auch das gesprochene, geschriebene und gemalte Wort kann kunstfertig verwendet werden. Hier darf es nicht dazu kommen, dass Mehrheiten Minderheiten vorschreiben können, was Kunst ist. Menschen müssen kritikfähig sein, dürfen aber nicht in ihrer Menschlichkeit angegriffen werden. Hier kommt es dann auf konkrete Beispiele an – die Bewertung bleibt notwendigerweise immer eine subjektive. Kunst ist oft auch Tabubruch, und eigene Tabus zu brechen, kann den gesellschaftlichen Diskurs befördern. Doch Tabus anderer zu brechen, mag durch das Prinzip der Meinungsfreiheit gedeckt sein, gewaltfrei ist es oftmals trotzdem nicht und trägt gerade dann auch nicht zu gegenseitigem Verständnis bei.

Zu beachten ist hierbei auch die globale Perspektive, da durch soziale Medien und generell die Digitalisierung Inhalte sehr schnell Verbreitung jenseits von Ländergrenzen finden. Hierbei geht es aber nicht darum, etwas zu verbieten, auch nicht um Zensur – inhaltliche Aus-

einandersetzung ist zur gesellschaftlichen Partizipation unabdingbar und kann eben auch scharf geführt werden. Aus gewaltfreier Perspektive halten wir aber ein größtmögliches Verständnis der Botschaft für sehr hilfreich für Verständigung und Miteinander. Verantwortung kommt gerade da zum Tragen, wo das angesprochene Gegenüber bereits durch Feindbilder und politische Konflikte stigmatisiert ist. Hier kann Satire leicht bewirken, dass Konflikte weiter geschürt werden. Meinungsfreiheit sollte dafür nicht missbraucht werden.

Unser Entsetzen über den Terroranschlag von Paris ist groß und wir bewundern die Zivilcourage der Karikaturisten. Aber die Empörung über die Untat sollte nicht dazu verleiten, Feindbilder zu stärken, sondern im Gegenteil neuer Sensibilität und gegenseitigem Verständnis Raum schaffen. Und ganz nebenbei: Differenziertes Denken ist, was TerroristInnen jeglicher Couleur am wenigsten wollen...

Georg Adelman ist Diplom-Psychologe und Vorstandsmitglied beim BSV; Christine Schweitzer ist Co-Geschäftsführerin.



Frieden schaffen ohne Waffen

Zivile Konfliktbearbeitung auf dem Prüfstand

Andreas Dieterich

Im Einleitungstext der diesjährigen Jahrestagung stellt sich der Bund für Soziale Verteidigung die Frage, ob Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB) tatsächlich eine Antwort auf jede Form von Konflikten geben kann. Zivile Konfliktbearbeitung wird dabei als Sammelbegriff für viele unterschiedliche Instrumente und Strategien verstanden, wie Konflikte ohne den Einsatz von Gewalt bewältigt werden können. Gerade im Hinblick auf die Ereignisse in der Ukraine oder die anhaltenden Konflikte in Syrien und dem Irak, in denen uns immer wieder medial eine Alternativlosigkeit zu gewaltsamen Lösungsszenarien suggeriert wird, ist diese Frage von trauriger Aktualität. Und auch wenn manch eine/r anscheinend schnell zu einer Antwort kommt und die Grenzen von ZKB erreicht sieht, kann dies auch daran liegen, dass die Möglichkeiten und Strukturen der ZKB immer noch viel zu unbekannt sind und in finanzieller Hinsicht ein Schattendasein hinter der militärischen Finanzierung führen.

Gerade aus diesem Grund möchte der BSV auf der Jahrestagung einen Blick auf die letzten 25 Jahre werfen und darüber nachdenken, welche Ansätze sich unter dem Begriff „Zivile Konfliktbearbeitung“ entwickelt haben, wie diese sich bewährt haben und wie sie in Zukunft noch effektiver gestaltet werden können.

Aktuell wird auch im politischen Raum darüber nachgedacht, wie dem oft vernachlässigten Feld der Zivilen Krisenprävention (ZKP), wie ZKB dort gewöhnlich genannt wird, im Licht der aktuellen Herausforderungen neue Impulse gesetzt werden können. Am 6. Februar 2015 hat der Bundestag sich im Plenum mit dem vierten Umsetzungsbericht der Bundesregierung zum „Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ auseinandergesetzt und damit die Bemühungen von staatlicher Seite auf den Prüfstand gestellt. Der Umsetzungsbericht informiert in regelmäßigen Abständen darüber, wie die Bundesregierung in diesem



Foto: Frits Ahlefeldt, HikingArtist.com

Feld tätig geworden ist. Auch aus zivilgesellschaftlicher Sicht wurde dieser Umsetzungsbericht kritisch kommentiert und mehrere Schwachstellen in der Ausgestaltung der Möglichkeiten Ziviler Konfliktbearbeitung sichtbar gemacht. Als einer der wichtigsten Kritikpunkte hat sich dabei das Thema Kohärenz erwiesen. Auch wenn der Aktionsplan ZKP von 2004 in seiner Einleitung festhält, dass „Krisenprävention [...] ein kohärentes und koordiniertes Handeln aller beteiligten staatlichen und nichtstaatlichen Akteure“ erfordert, so fehlt es in der Realität einerseits oft völlig an der Abstimmung zwischen einzelnen Politikfeldern, andererseits auch an der ausreichenden Einbindung nichtstaatlicher Akteure. Exemplarisch soll hier nur auf die langjährigen Rüstungsexporte in die Region Naher und Mittlerer Osten verwiesen werden, die auch dazu beigetragen haben, dass Konflikte gewaltsam eskaliert sind. Der Fokus der Bundesregierung bei der Bearbeitung von gewaltsamen Konflikten liegt auf der Herstellung und Stärkung von Staatlichkeit. Die Rolle von zivilgesellschaftlichen Akteuren wird im Bericht zwar anerkannt, wie diese wichtige Arbeit aber gestärkt oder in Räumen mit beschränkten Handlungsspielräumen ermöglicht werden kann, bleibt unklar.

Welche Anforderungen an Zivile Konfliktbearbeitung gestellt werden und wie wir auf die angesprochenen Kri-

tikpunkte reagieren könnten, soll auf der Jahrestagung vom 20. bis 22. März in Heidelberg zusammen mit PolitikerInnen und zivilgesellschaftlichen Akteuren diskutiert werden. Ein Schwerpunkt soll dabei auch die Kohärenz des eigenen Handelns im Zusammenspiel mit der Menschenrechts-, Friedens- und Frauenbewegung sein.

Dazu laden wir ganz herzlich ein und freuen uns auf spannende und vor allem auch kontroverse Diskussionen, wenn wir einen Rückblick auf Zivile Konfliktbearbeitung in Deutschland wagen und unser eigenes Handeln auf den Prüfstand stellen.

Andreas Dieterich, Politikwissenschaftler, Jahrgang 1983, ist seit 2012 im Vorstand des BSV. Zurzeit arbeitet er bei „Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst“ in Berlin.

Frieden schaffen ohne Waffen

**Tagung des BSV in Heidelberg,
20.-22. März 2015**

Vorträge und Diskussionen u.a. mit Natascha Zupan (FriEnt), Wolfgang Heinrich (Brot für die Welt), Thomas Gebauer (medico), Jürgen Wagner (IMI), Bundestagsabgeordneten aller großen Parteien und vielen weiteren Gästen.

Anmeldung ist auch kurzfristig noch möglich!

Die Gezi-Park-Proteste in der Türkei 2013

Neues BSV-Hintergrundpapier

Gül Akbal

*„Leben wie ein Baum, alleine und frei und gleichzeitig brüderlich wie ein Wald“
(Nazim Hikmet Ran)*

Was anfänglich als ein friedlicher Protest von UmweltschützerInnen begann, um die Bäume des öffentlichen Gezi-Parks in Istanbul im Sommer 2013 zu retten, erwies sich als eine bedeutende Protestwelle, die sich schnell in andere Städte in der Türkei ausbreitete. Nachdem türkische Polizeikräfte DemonstrantInnen auf brutale Art und Weise aus dem Park gedrängt hatten, wurde der anfängliche Protest überraschenderweise eine nationale und globale Solidaritätsbewegung.

Die Gezi-Park-Proteste stellen einen neuen Abschnitt in der Geschichte der Türkei dar. Die Vereinigung von links- und rechtsorientierten, säkularen und muslimischen, türkischen und kurdischen BürgerInnen und sogar AnhängerInnen verfeindeter Fußballvereine unterstreichen das gemeinsame Verlangen nach einer besseren Türkei. „Tayyip İstifa“, der Rücktritt des Premierministers Erdoğan, war eine der Hauptforderungen während der Proteste.

Der Gezi-Aufstand mit seiner sozialen Zusammensetzung, seiner Größe und seinen Aktionsformen ist einzigartig in der Geschichte der Türkei. Offensichtlich hat der gewaltfreie Charakter der Proteste viele Menschen dazu veranlasst, am Protest teilzunehmen. Entweder aktiv auf den Straßen oder auf indirektem Wege, indem sie vor der Polizei fliehende DemonstrantInnen in ihren Häusern beherbergten oder jeden Abend um 21 Uhr mit Pfannen und Töpfen Lärm machten, um ihre Solidarität mit den Protesten und den Protestierenden zu verdeutlichen. Obwohl Ausnahmen beobachtet werden konnten, bei denen DemonstrantInnen sich Straßenschlachten mit der Polizei lieferten, und obwohl das Konzept der grundsätzlichen Gewaltfreiheit in der Türkei nicht weit verbreitet ist, kann der Gezi-Aufstand definitiv als eine massive, gewaltfreie soziale Bewegung verstanden werden.

Die Polizei ging mit massiver Gewalt gegen die Protestierenden vor. Amnesty International berichtet, dass der Einsatz von übermäßiger Gewalt, Prügel, Tränengas und Wasserwerfern bis An-

fang Juli mehr als 8.000 Menschen verletzte. Elf Menschen verloren ihr Leben. Zusätzlich wurden bis Ende Juni mehr als 4.900 Menschen verhaftet. Erdoğan bezeichnete die DemonstrantInnen als „Terroristen“, „Plünderer“ und „marginale Gruppen“, die es nicht nur darauf abgesehen hätten, die Infrastruktur zu zerstören, sondern auch das gesamte politische System der türkischen Republik. Staatliche Medienkanäle wurden missbraucht, um diese Positionen zu untermauern. Die Reaktion der DemonstrantInnen: Sie werteten den Begriff des Unruhestifters „Capulcu“ humorvoll auf, indem sie ihn als Namen anerkannten und ihn unter anderem auf sozialen Netzwerken wie Twitter und Facebook verwendeten.

Selbst nach der Räumung des Gezi-Parks wurden die Proteste weiter friedlich durchgeführt. Das berühmteste Beispiel des gewaltfreien Widerstands und einer neuen Form des zivilen Ungehorsams stellte der „stehende Mann“ dar, der acht Stunden lang am Taksim-Platz ohne Regung stand. Zahlreiche andere Menschen schlossen sich seiner Protestform an, woraufhin die Polizei mit Protestierenden konfrontiert war, die nur regungslos dastanden. Der stehende Mann namens Erdem Gündüz erklärte in einem Interview, dass er „für all diejenigen stand, die von Polizeigewalt betroffen waren und nicht von den Mainstreammedien beachtet wurden“.

Das gerade fertiggestellte Hintergrund- und Diskussionspapier von Gül Akbal beschreibt den Aufstand und diskutiert u.a. auch, welche Auswirkungen die Proteste auf das soziale und politische Leben in der Türkei hatten.

Gül Akbal studiert Politikwissenschaft mit Beifach Psychologie an der Universität Mannheim, Jahrgang 1991. Zu ihren Schwerpunktbereichen gehören Internationale Beziehungen, African Politics, die Situation in den MENA-Staaten und in der Türkei. Das Papier entstand im Rahmen ihres Praktikums beim BSV.



DemonstrantInnen tanzen auf dem Taksim-Platz.

Foto: Gül Akbal

Neue Herausforderungen für Nonviolent Peaceforce

Ziviles Peacekeeping in einem der aktuellsten Konfliktgebiete

Outi Arajärvi

Nonviolent Peaceforce (NP) hat in den letzten zwei Jahren bereits mehrere Aktivitäten durchgeführt, um einen möglichen Einsatz in Syrien vorzubereiten. Ein direktes Engagement in einem Kriegsgebiet, in dem derart heftig gekämpft wird, ist für zivile PeacekeeperInnen nicht möglich. Daher wurden zwei Erkundungsreisen in die Nachbarländer und Treffen mit syrischen VertreterInnen der Zivilgesellschaft durchgeführt, um sich mit ihnen über Unterstützungsmöglichkeiten zu beraten. Damit die AktivistInnen die Methoden und Einsatzmöglichkeiten der NP kennenlernen, wurde ein Training für die SyrerInnen organisiert. Das Training wurde 2012 gemeinsam mit dem Büro des UN-Sonderberaters für die Verhütung von Völkermord entwickelt und durchgeführt. Es sollte ein Pilotprojekt

sein, um herauszufinden, ob gewaltfreie und allparteiliche Strategien und Methoden, wie NP sie benutzt, eine Eskalation der Spannungen zwischen den Aufständischen und verschiedenen ethnischen Gruppen in Syrien verhindern und die Gewalt auf kommunaler Ebene reduzieren können, vor allem mit dem Fokus, sie in einer Waffenstillstands- oder Nachkriegsphase einzusetzen.

Dieses Training wurde von allen Seiten sehr positiv beurteilt und weitere Planungen für die Stärkung der Organisationen der Zivilgesellschaft in Syrien wurden vereinbart. Vor allem konnte eine vertrauensvolle Partnerschaft mit zwei Organisationen aufgebaut werden: Madani ist eine syrische Organisation, die für ein friedvolles und demokratisches Syrien arbeitet. Sie hat eine Studie über lokale Waffenstillstände und Vereinbarungen zur Konfliktlösung in 35 verschiedenen Orten im syrischen Bürgerkrieg verfasst. Madani ist davon überzeugt, dass ein Frieden möglich ist. Die andere Partnerorganisation ist Cure Violence, eine Organisation zur Konfliktbearbeitung in Chicago, die viel Erfahrung mit Trainings in verschiedenen Ländern, speziell auch in Nahost, hat.

Jetzt hat die Europäische Union entschieden, diese Aktivitäten für drei Jahre mit einer substanziellen Finanzierung zu unterstützen. So können die syrischen Organisationen gestärkt werden, damit sie die Zivilbevölkerung mit friedlichen Mitteln vor Gewalt schützen können. Gemeinsam mit den Partnerorganisationen wird NP ein intensives Trainingsprogramm für syrische AktivistInnen und für Führungskräfte aus verschiedenen politischen Richtungen anbieten. In der Folge wird Unterstützung und Beratung für die lokalen Gruppen bereitgestellt, wenn sie das Gelernte in die Praxis umsetzen wollen. Treffen zur Reflexion und Vertrauensbildung zwischen verschiedenen Gruppen gehören dazu. Wenn die Situation es erlaubt, plant NP auch den Einsatz von zivilen PeacekeeperInnen in Syrien. NP baut darauf, dass ein starkes und aktives Netzwerk von gesellschaftlichen Gruppen, das über alle politischen, religiösen und ethnischen Grenzen hinweg arbeitet, die beste Grundlage für ein zukünftiges, demokratisches und friedliches Syrien bildet.

Outi Arajärvi ist Vorstandsmitglied im BSV und in der Nonviolent Peaceforce.

Spenden für Kampagne „Ziviles Peacekeeping“

Unsere Kampagne ist angelaufen und wir werden in den kommenden Wochen und Monaten u.a.

- Grundlageninformationen (Flyer, Papiere) erstellen,
- alle Abgeordneten des Deutschen Bundestags anschreiben,
- die Kampagne auf dem Ev. Kirchentag im Juni vorstellen,
- im Herbst ein weiteres Fachgespräch durchführen.

Leider haben wir keine Stiftung überzeugen können, diese Arbeit finanziell zu unterstützen. Deshalb sind wir auf Ihre/Eure Spenden angewiesen, um unsere Öffentlichkeitsarbeit zu dem Thema zu finanzieren. Wie wäre es z.B. mit einer Veranstaltung zu zivilem Peacekeeping, bei der für die Unterstützung der Kampagne gesammelt wird?



Bild aus einem Training von NP im Südsudan.

Foto: Nonviolent Peaceforce

Gewaltfreie Intervention

WoW - das erste E-Book des BSV

Birgitta Meier

Die Ausstellung „WoW - Wirksam ohne Waffen“ zeigt neun Beispiele gewaltfreier Intervention – von den Shanti Sena in Indien bis zum Zivilen Friedensdienst und zur Nonviolent Peaceforce heute. Sie wurde 2014 fertig und kann inzwischen beim BSV ausgeliehen werden.

Zur Ausstellung haben der BSV und das Friedensmuseum Nürnberg jetzt ein E-Book verfasst. Das Büchlein will mehr sein als ein Katalog zur Ausstellung. Es soll das Thema gewaltfreie Intervention vertiefen und Lust auf die Ausstellung machen, zugleich aber einen leicht fassbaren Einstieg ins Thema „Gewaltfreie Intervention“ bieten.

Warum E-Book? Uns ist bewusst, dass traditionellen BSV-Mitgliedern elektronische Bücher eher fern liegen. Mit dieser Veröffentlichung in fast allen(!) deutschsprachigen E-Book-Portalen peilen wir auch eine nicht-traditionelle Öffentlichkeit an. Dennoch möchten wir auch unsere Mitglieder und FördererInnen in die neue Medienwelt mitnehmen, denn ihr Feedback ist für uns wesentlich. Wie das geht? Ganz einfach:

Unser E-Book ist mit jedem PC, Smartphone, Tablet - und natürlich mit jedem

Reader zugänglich. Gehen Sie in den lokalen Buchhandel oder besuchen Sie Ihren Online-Versand. Egal ob Libri oder Amazon oder wo auch immer: Sie können unser Buch, erschienen bei Books on Demand (www.BoD.de) „kaufen“ (für 0 Euro) und herunterladen; auch auf unserer Website wird es zum Download zur Verfügung stehen. Für den PC brauchen Sie noch ein kostenloses Leseprogramm, aber das wird Ihnen angeboten; Tablets und Smartphones haben das Programm meist integriert. Für SpezialistInnen: Unser E-Book gibt es in „beiden Welten“, im epub- wie im Amazon-Format.

Herstellung und Vertrieb des E-Books haben uns nichts gekostet - außer viele Stunden ehrenamtlicher und Geschäftsstellen-Arbeit. Einen traditionellen gedruckten Katalog hingegen hätten wir uns nicht leisten können. Sie verstehen: Der neue Kanal ist für uns sehr interessant! Daher bitten wir um Ihren Test und Ihre Mithilfe! Sollten Sie irgendwelche technischen Fragen haben, rufen Sie uns einfach an, wir können Ihnen garantiert helfen.

Noch ein Wort zur Preisgestaltung: Da wir selbst keine Unkosten hatten, **möchten wir das Buch verschenken**. Damit senken wir die Schwelle, es tat-



sächlich herunterzuladen!

Die Arbeit am gemeinsamen Buch hat allen AutorInnen viel Spaß gemacht und wir möchten auch andere Friedensbewegte ermutigen, brachliegende Schätze zu publizieren. Wir stehen gerne mit Rat und Tat zur Seite!

Bei der BSV-Jahrestagung wird das Buch vorgestellt - es gibt dann auch verschiedene Lesegeräte (eReaders, Tablets, Smartphones) zum Ausprobieren! Das Buch ist ab März erhältlich.

Siehe auch: <https://www.facebook.com/WirksamohneWaffen>

Birgitta Meier ist Mitglied im Friedensmuseum Nürnberg sowie im BSV und hat neben der WoW-Ausstellung auch an den Medien hierzu mitgestaltet.

Neuer Praktikant

Tim Niklas Nissel

Tim studiert Politikwissenschaft und Philosophie an der Universität Bielefeld, Jahrgang 1992. Sein Schwerpunkt liegt in der politischen sowie der Rechts- und Sozialphilosophie. Nach seinem Bachelor strebt er einen Master in Philosophie an und kann sich ein späteres Engagement in einer NGO durchaus vorstellen. Darum sieht er das Praktikum beim BSV als eine Möglichkeit, einen ersten Einblick zu erhalten.



IFGK-Studentag

Samstag, 28. März 2015, 14.00-17.00 Uhr

Das Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktbearbeitung führt in Kooperation mit der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden, einen halbtägigen Studentag durch.

Vorträge:

„Krieg ohne Ende - eine Skizze“ (Dr. Martin Arnold, Essen)

Was Waffenhersteller und -händler schon immer wollten, wurde durch die USA implementiert.

„Gewaltfreie Strategien gegen den Islamischen Staat“ (Dr. Christine Schweitzer, Hamburg)

Der von Gene Sharp formulierte Ansatz zivilen Widerstandes, der nach den Quellen der Macht von Herrschenden fragt, ist hilfreich, den Schreckensmythos „IS“ zu demontieren.

Ort: Gumbel-Raum, Karlstorbahnhof, Am Karlstor, 69117 Heidelberg

Mehr Informationen: www.ifgk.de;
Anmeldung: CSchweitzerIFGK@aol.com

Verfolgung und gegenseitige Hilfe im besetzten Frankreich

Eine Buchbesprechung

Tanja Hildebrandt

Mit dem Zweiten Weltkrieg, dessen Ende sich dieses Jahr zum 70. Male jährt, begann auch der Holocaust an der jüdischen Bevölkerung in fast ganz Europa. Im Gegensatz zu den meisten anderen besetzten Ländern überlebten in Frankreich 75 % der JüdInnen. In einer 2013 erschienenen Studie hat sich der französische Historiker Jacques Semelin mit der Frage befasst, warum dies möglich war. Semelin ist einem deutschen, an Gewaltfreiheit interessierten Publikum vor allem durch seine Studie über zivilen Widerstand gegen das deutsche Naziregime bekannt (Ohne Waffen gegen Hitler, deutsch 2002).

Einer der Hauptgründe für die hohe Anzahl an Überlebenden war laut Semelin der Rückhalt, den die JüdInnen in der Bevölkerung hatten. Ihnen wurde beispielsweise Schutz geboten durch Bemerkungen wie „Geht nicht nach Hause“, durch kleine Lügen zu ihren Gunsten, durch ArbeitgeberInnen, die über die Herkunft ihrer Angestellten hinwegsahen, Angestellte im Rathaus, die falsche Papiere ausstellten, PolizistInnen, die jene vorwarnten, die sie verhaften sollten, oder DorfbewohnerInnen, die keine Fragen stellten, wenn plötzlich neue Gesichter im Dorf auftauchten.

Neben diesen kleinen Gesten der Hilfe formierten sich ganze Netzwerke

des zivilen Widerstandes, deren Ziel es war, JüdInnen vor der Verhaftung und Deportation zu schützen. Ihr Vorgehen basierte dabei auf dem Prinzip, ins Visier geratene JüdInnen aus dem „jüdischen Milieu“, wo sie sehr gefährdet waren, herauszuholen und in „nicht-jüdischen Milieus“ zu verteilen, wo eine höhere Sicherheit gegeben war. Außerdem wurde versucht, die soziale Bindung zwischen JüdInnen und Nicht-JüdInnen dort, wo sie schwach oder nicht vorhanden war, zu stärken bzw. herzustellen, um der antisemitischen Politik entgegenzuwirken, deren Ziel es war, die jüdische Gesellschaft von dem Rest der Gesellschaft abzukoppeln.

Hinzu kamen organisierte Passfälschungen, Schleusernetzwerke und die Verteilung jüdischer Kinder auf nicht-jüdische Familien inklusive der Aufbewahrung der Daten versteckter Kinder, damit ihre Eltern sie nach Ende des Krieges wiederfinden konnten.

Auf 900 Seiten liefert Semelin eine detaillierte Beschreibung der unterstützenden französischen Zivilgesellschaft sowie der politischen Verhaltensweisen, ohne die Grausamkeit der Judenverfolgung und die Verbreitung des Antisemitismus zu verschweigen. Er fundiert seine Aussagen sehr ausführlich mit zahlreichen Daten, Sekundärliteratur und über Jahre geführten Interviews.



Gerade das Einbeziehen der Schicksale persönlich Betroffener, die alle namentlich genannt werden, macht es den LeserInnen möglich, durch die Augen der Betroffenen zu schauen und sich konkrete Situationen im Alltag der Verfolgung vorstellen zu können.

Das Buch: Jacques Semelin (2013): *Persécutions et Entraides dans la France Occupée*. Paris, Éditions du Seuil / Éditions des Arènes, 901 Seiten, 978-2-35204-235-8, 29 €.

Dies ist eine kurze Zusammenfassung des BSV-Hintergrund- und Diskussionspapiers Nr. 40. Es kann in der Geschäftsstelle bestellt oder kostenlos heruntergeladen werden.

Tanja Hildebrandt studiert „Kulturwirtschaft / International Cultural and Business Studies“ an der Universität Passau. Das Papier entstand im Rahmen eines Praktikums beim Bund für Soziale Verteidigung.

Neue Hintergrund- und Diskussionspapiere

Nr. 39: **Ziviles Peacekeeping** – Dokumentation einer Fachtagung vom 1.11.2014, Januar 2015, 3 €

Nr. 40: Tanja Hildebrandt: **Jacques Semelin - Verfolgung und gegenseitige Hilfe im besetzten Frankreich**. Eine Buchbesprechung, Februar 2015, 1,50 €

Nr. 41: Christine Schweitzer: **Soziale Verteidigung und Gewaltfreier Auf-**

stand Reloaded. Neue Einblicke in zivilen Widerstand, Februar 2015, 3 €

Nr. 42: Gül Akbal: **Die Gezi-Park-Proteste in der Türkei 2013**, Februar 2015, 3 €

Alle Papiere können in unserem Shop bestellt oder kostenfrei als PDFs von unserer Website heruntergeladen werden.

Herrscht Winter für die Friedensarbeit?

Zur Zusammenarbeit mit den Montagsmahnwachen und zur Abgrenzung vom rechten Spektrum. Ein Interview mit Renate Wanie

Die Kooperation für den Frieden ist ein Zusammenschluss von mehr als 60 Initiativen und Organisationen aus der Friedensbewegung. Seit 2003 setzt sie sich dafür ein, dass kriegerische Gewalt als Mittel der Politik geächtet wird und stattdessen Methoden und Strategien der Krisenprävention und der zivilen Konfliktbearbeitung ausgebaut werden (<http://www.koop-frieden.de/>).

Am 10. Oktober 2014 wurde auf einer von der Kooperation für den Frieden initiierten Aktionskonferenz ein sogenannter „Friedenswinter“ vereinbart, der zu mehreren Aktionstagen aufruft. Der Friedenswinter und die in diesem Rahmen stattfindenden Kooperationen mit Aktiven der Montagsmahnwachen haben zu heftigen Debatten innerhalb und außerhalb der Friedensbewegung geführt, zum Beispiel in der taz (<http://www.taz.de/!150162/>). Hintergrund der Kritik ist, dass einige Initiatoren der Mahnwachen unter dem Verdacht stehen, dem rechten Spektrum anzugehören, und sich an einigen Orten auch Rechte (NPD) an den Montagsmahnwachen beteiligen.

Sarah Roßa interviewte dazu Renate Wanie, die seit 2005 eine der SprecherInnen der Kooperation ist.

SR: Wie bewertest Du die bisherigen Aktivitäten im Rahmen des „Friedenswinters“? Und was ist noch geplant?

RW: Der Hintergrund für die Aktionskonferenz im Herbst 2014 waren die kriegerischen Entwicklungen und Waffenexporte. Ziel war es, Menschen zu ermutigen, an Aktionstagen auf die Straße zu gehen und ihren Protest gegen die aktuelle Kriegspolitik öffentlich sichtbar zu machen. Frieden braucht Bewegung! Nach den erfolgreichen bundesweiten Demonstrationen im Dezember und Anfang Februar in München zur Sicherheitskonferenz erfolgen

nun Aufrufe zum Ostermarsch und zu einem vielgestaltigen Aktionstag „70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus“ im Mai. Auf der nächsten Aktionskonferenz am 14. März werden wir den Friedenswinter auswerten.

SR: Der BSV hatte sich entschieden, den Aufruf nicht zu unterschreiben, aber die Forderungen des Aufrufs zu unterstützen. Wie kam es dazu und welche Gründe hatte das?

RW: Es war eine gute Idee, nur die Forderungen des Appells der Aktionskonferenz „Gemeinsam für den Frieden – Friedenslogik statt Kriegsrhetorik“ zu unterschreiben - und damit vor allem die konstruktiven Forderungen des Appells ins Zentrum zu rücken! Der Inhalt des Aufrufs ist das kompromissvolle Ergebnis von (zu) vielen Menschen. Ich vermisse die Ablehnung z.B. von Russlands gewaltsamer Krimpolitik. Einseitige Schuldzuweisungen an den Westen bringen uns nicht weiter und entsprechen nicht der politischen Haltung des BSV.

SR: Es gibt Stimmen in der Friedensbewegung, die sagen, die Friedensbewegung dürfe auf keinen Fall mit den Montagsmahnwachen zusammenarbeiten. Dies wird besonders im Rahmen des Friedenswinters diskutiert. Wie stehst Du dazu?

RW: Auch ich spreche mich nicht für eine generelle Zusammenarbeit aus, aber lokal und punktuell mit einzelnen Menschen aus den sehr heterogenen „Montagsmahnwachen für den Frieden“. Eine Grundlage für eine mögliche Zusammenarbeit ist immer die

eindeutige Abgrenzung von Rechts. „Nie wieder Krieg - nie wieder Faschismus!“ - der Buchenwaldschwur ist und bleibt die Grundlage der Friedensbewegung.

SR: Wie kann und sollte sich die Friedensbewegung konkret von rechten Spektren abgrenzen?

RW: So, wie sie es derzeit praktiziert: Grundlage der Friedensbewegung sind die Menschenrechte, die antifaschistische Haltung und die Absage an Antisemitismus.

SR: In Hanau kämpfen Friedensgruppen – zum Beispiel mit zivilem Ungehorsam – dagegen, dass Neonazis in ihrem Ostermarsch mitlaufen können. Ist das nicht die konsequentere antifaschistische Haltung, als „nur“ eine Absage?

RW: Die Straße dürfen und werden wir niemals den Rechtsextremen überlassen.

Renate Wanie ist Vorstandsmitglied im BSV und vertritt die Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden in der Kooperation, deren SprecherInnenkreis sie angehört.

Sarah Roßa ist Co-Geschäftsführerin im BSV.



Aktionskonferenz des Friedenswinters im Herbst 2014.

Foto: R. Wanie